



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 19. März 2025

TOP 2 - Bericht des Präsidenten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die letzten Wochen waren politisch sehr ereignisreich. Das gilt für die deutsche Innenpolitik, aber natürlich auch und vor allem für die weltpolitische Lage.

Wichtig ist jetzt eine schnelle Regierungsbildung in Berlin und zwar aus zwei Gründen:

Erstens brauchen wir rasche Reformen, um den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen und **zweitens** brauchen wir ein starkes Deutschland in einem starken Europa, das sich angesichts der weltpolitischen Lage gestaltend einbringen kann.

Zuerst zu Deutschland: Die wirtschaftliche Lage ist immer noch schlecht – das betrifft in erster Linie weiterhin die Industrie, die das Investieren nahezu eingestellt hat.

Zwar gibt es durchaus einige **positive** Unternehmensbeispiele, wie zum Beispiel die Investition von Skeleton Materials in Bitterfeld-Wolfen in die weltweit erste Fabrik zur industriellen Produktion des neuartigen Materials „Curved Graphene“, das für deutlich leistungsstärkere und gleichzeitig umweltschonender hergestellte Energiespeicher eingesetzt wird.

Oder die Investition der Schwarz Gruppe von mehr als 300 Millionen Euro in eine Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten für Backwaren in Halle (Saale). Und verweisen ließe sich natürlich auch auf die geplante Investition von Amazon in Könnern in dreistelliger Millionenhöhe und mit voraussichtlich vierstelligen Mitarbeiterzahlen.

Aber von diesen Lichtblicken brauchen wir wesentlich mehr, insbesondere auch in den energieintensiven Branchen, die die Schwergewichte unserer Region darstellen, im Bereich der Chemie und des Ernährungsgewerbes. Der stotternde Motor dieser Industriebereiche bewirkt auch negative Folgeeffekte in der Gesamtwirtschaft.

Immerhin: Die Reformnotwendigkeit wird in Berlin offenbar grundsätzlich erkannt. **Wir begrüßen**, dass die ersten Sondierungsergebnisse der möglichen neuen Regierungskoalition aus CDU und SPD auch einige zentrale Punkte aufgreifen, die der Wirtschaft wichtig sind. Und einige davon wiederum haben wir als Vollversammlung auch Ende Januar in unseren Bundespolitischen Positionen festgehalten.

Da wäre etwa die Energiepolitik, wo man sich um kurzfristige Wege zur Kostensenkung bemühen will und auch langfristig um eine Erweiterung des Energieangebots. Auffällig ist jedoch, dass hier nichts von Technologieoffenheit steht. Ob also heimisches Schiefergas oder Kernkraft zur Erweiterung des Angebots herangezogen werden sollen, darf bezweifelt werden. Zumindest die Fusionsreaktorforschung sollte weiter vorangetrieben werden.

Auch eine Reform der Unternehmenssteuern wird in Aussicht gestellt sowie auch ein konkret bezifferter Bürokratieabbau. **Das sehen wir ebenfalls positiv.** Ebenso wie der Wille zur Ertüchtigung der Infrastruktur. Das ist wichtig, wir hätten uns diese Investitionen aber auch ohne Umgehung der Schuldenbremse gewünscht.

Kritisch empfinden wir das Festhalten am klimapolitischen Sonderweg und das mangelnde Vertrauen in Marktinstrumente. Statt zum Beispiel Leitmärkte festzulegen und auf staatliche Quoten für „grünen“ Stahl zu setzen, wäre der europäische Emissionshandel das wirksamere Mittel, um die notwendigen Transformationsanreize zu setzen – marktkonform und ohne zusätzliche Bürokratie.

Und den Reformeifer, den wir bei der Schuldenbremse sehen, hätten wir uns beim Rentensystem auch gewünscht. Stattdessen hält man an der Frühverrentung fest und will die Mütterrente erhöhen. Das sind emotional vielleicht verständliche Streicheleinheiten, die dringend notwendigen Reformen werden aber wieder auf die lange Bank geschoben. Finanzielle Nachhaltigkeit dieses so wichtigen Teils unserer Sozialversicherung erreichen wir so jedenfalls nicht.

Was letztlich konkret im Koalitionsvertrag stehen wird, bleibt abzuwarten. Hier gilt es aus unserer Sicht, nochmal nachzuschärfen und entsprechend der ernsten Lage der Wirtschaft auch ernsthaft wirkliche Reformen anzugehen. Einige richtige Ansätze erkennen wir durchaus. Wichtig ist jetzt auch, dass es nun schnell geht mit der Regierungsbildung und vor allem mit der Umsetzung der wichtigen Reformen.

Erfreulich ist zudem, dass nun anscheinend auch auf europäischer Ebene Reformnotwendigkeiten erkannt werden. Mit der sogenannten Omnibus-Verordnung, also einem Gesetzespaket, was gleichzeitig an mehreren wichtigen Stellschrauben drehen soll, geht man aus unserer Sicht einen richtigen Weg – zum Beispiel in den Bereichen Lieferkettenrichtlinie, Taxonomieverordnung, Sustainable Finance Disclosure Regulation und Corporate Sustainability Reporting Directive. Auch die diskutierten Aufschübe bei der Verbrenner-Regulierung sind zu **begrüßen**.

All dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Wie auf Bundesebene gilt es auch hier, die Reformbemühungen zu verstetigen, denn nicht weniger als unsere Wettbewerbsfähigkeit hängt davon ab. Und wir müssen diese schnell wiedererlangen.

Ich sagte es eingangs: Deswegen ist eine rasche Regierungsbildung in Berlin notwendig. Aber auch, weil Europa ein starkes Deutschland braucht. Denn wir sehen, wie die weltpolitische Lage sich gerade in atemberaubendem Tempo ändert. Die Umorientierung der Aufmerksamkeit der Weltmacht USA vom Atlantik zum Pazifik – die schon Sigmar Gabriel in seinem Vortrag bei unserem Neujahrsempfang in Dessau beschrieb – ist in vollem Gange.

Und neben den damit verbundenen Änderungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur tritt die amerikanische Regierung auch in anderen Politikfeldern – insbesondere bei der Handelspolitik – immer weniger als Partner auf, als verlässlicher Partner schon gar nicht. **Das ist negativ**, nicht nur für uns, sondern letztlich auch für die USA selbst.

Europa braucht in dieser Zeit politische Einigkeit und politische Führung. Und diese muss auch von Deutschland ausgehen. Die internationalen Spielregeln werden gerade neu gestaltet. Europa darf sich hier nicht mit der Zuschauerrolle beschränken, sondern muss handeln und gestalten, um sich im Wettbewerb mit anderen Weltregionen behaupten zu können.

Das Potential hat Europa allemal – aus meiner Sicht verzetteln wir uns aber zu oft in Nebensächlichkeiten. Auch vermisse ich eine langfristige Strategie, jenseits von vollmundigen Ankündigungen.

Meine Damen und Herren,
weil die Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit politisch so wichtig ist, haben wir das Thema als IHK zu unserem Jahresthema gemacht. Wir widmen uns das ganze Jahr hindurch den wichtigsten Schwerpunkten.

Ein Schwerpunkt ist dabei die Arbeits- und Fachkräftesicherung. Auch hier gibt es viele Weichenstellungen, die nicht in Brüssel oder Berlin, sondern konkret hier im Bundesland gestellt werden müssen.

Positiv sehe ich hier das Engagement der IHK, die sich zum Beispiel im gesamten IHK-Bezirk in vielfältigen Projekten zur Berufsorientierung engagiert, teils allein, ganz oft aber auch mit Partnern. Es wäre gleichwohl wichtig, dass auch das Land endlich seinen Ankündigungen zur verpflichtenden Berufsorientierung an den Gymnasien nachkommt. **Das dies nicht passiert, sehe ich kritisch.**

Hier setzen wir uns für eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes ein. Und ins Schulgesetz gehört auch, dass den Azubis der Besuch der nächstgelegenen Berufsschule ermöglicht wird, anstatt immer teils noch viel zu lange Wege zurücklegen zu müssen, weil es die aktuellen Regelungen so vorsehen. Unser Hauptgeschäftsführer hat dazu auch im Januar im Landtag Stellung genommen – hoffen wir, dass die Landesregierung nun endlich diese naheliegenden Punkte auch umsetzt.

Dass sich die Bemühungen um Auszubildende lohnen, zeigen die aktuellen Zahlen. So konnte die Zahl der neu gewonnen Ausbildungsplätze um sechs Prozent und die der neuen Ausbildungsbetriebe sogar um 17 Prozent gesteigert werden. **Ein Erfolg**, der sich sehen lassen kann, wie ich finde.

Und dass Ausbildung auch nicht nur quantitativ zulegt, sondern auch qualitativ, zeigt, dass so viele Unternehmen wie noch nie im Wettbewerb „Top-Ausbildungsbetrieb“ antreten.

Die Verbesserung der Lage am Ausbildungsmarkt ist wichtig, wird aber allein nicht reichen – wie wir alle wissen. Um dem Arbeits- und Fachkräftemangel beizukommen, müssen alle Potentiale gehoben werden.

Dazu zählt auch die Anwerbung und die Integration ausländischer Fachkräfte. Und auch hier konnte der Arbeitsmarkt in unserer Region profitieren. Mittlerweile sind knapp 63.000 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Und damit über 80 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. **Das leistet einen wichtigen, positiven Beitrag!**

Und natürlich darf man bei all dem Bemühen um neue Fachkräfte, sei es um junge Menschen oder um Menschen aus dem Ausland, auch nicht unsere Stammebelegschaften vergessen. Auch um diese gilt es, sich zu kümmern. Und hier ist die IHK mit weiteren Partnern auch dabei, den Unternehmen durch Online-Seminare Hilfestellungen zu bieten, zum Beispiel zur Stärkung der Teams in der Belegschaft und zur Bewältigung des Wertewandels in der Arbeitswelt.

Meine Damen und Herren,
wir stehen vor großen Herausforderungen – aber es öffnen sich gerade zahlreiche Zeitfenster, in denen wichtige Hebel umgelegt werden können. Insbesondere in Berlin und Brüssel **muss** sich etwas ändern –und **kann** sich aktuell auch etwas ändern. Es braucht Mut und Durchhaltewillen auf der politischen Seite und auch eine starke Stimme der Wirtschaft, die Lösungen anbietet. Und wir brauchen mehr Tempo und ernsthaften Dialog. Dann bin ich auch zuversichtlich, dass sich bereits binnen kurzer Zeit Dinge zum Positiven wenden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!